Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian Siekmann

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Jörg Baumann

Abg. Martin Scharf

Abg. Johannes Becher

Abg. Horst Arnold

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayerisches Transparenzgesetz (BayTranspG) (Drs. 19/6377)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit ergeben sich zehn Minuten Redezeit für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Wir haben 29 Minuten zur Aussprache vereinbart. Als Erster spricht der Kollege Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Frau Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Sondierung von CDU/CSU und SPD im Bund ist jetzt ziemlich genau zwei Monate her. Sie verlief erstaunlich transparent. Genau genommen wurde so viel durchgestochen, dass man förmlich mitlesen konnte.

Spannend ist, was die Arbeitsgruppe 9 Bürokratieabbau am 24. März geschrieben hat:

"Der Bundestag muss die Regierung und die Verwaltung effektiv kontrollieren können."

So weit, so gut. – Weiter ging es mit einem blauen Text, Forderung der Union:

"Das Informationsfreiheitsgesetz in der bisherigen Form wollen wir hingegen abschaffen."

Genau an der Stelle war es dann mit der Transparenz vorbei; denn hinter diesem harmlos klingenden Satz der CDU/CSU verbirgt sich nicht weniger als ein massiver Angriff auf die Pressefreiheit, die Informationsrechte der Bürger:innen und damit auf die Demokratie insgesamt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das alles unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus. Das bedeutet, dass Presse, Medien, Bürgerinnen ihren Auskunftsanspruch gegenüber Staat und Verwaltung, die Möglichkeit, ihn gerichtlich einzuklagen, verlieren sollen.

Da fragt man sich doch: Warum? Welche unbequeme Wahrheit soll künftig verborgen werden? – Um das zu verstehen, muss man wohl an die Skandale erinnern, die erst durch das Informationsfreiheitsgesetz aufgedeckt werden konnten: Andreas Scheuer und sein 243-Millionen-Euro-Maut-Desaster. Erst eine Informationsfreiheitsanfrage hat die Verträge offengelegt. Sie hat offengelegt, dass der Minister weit im Vorfeld davor gewarnt worden ist, dass millionenschwere Schadenersatzansprüche drohen könnten. – Die überteuerten Maskenverkäufe: Das Bundesgesundheitsministerium musste auf Informationsfreiheitsanfrage offenlegen, wie Jens Spahn mit Andrea Tandler kommuniziert hat.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dem Ströbele hat man ein Uninformationsfreiheitsgesetz geschaffen! Kennen Sie den Ströbele?)

Oder das Glyphosat-Gutachten: Julia Klöckner musste es öffentlich machen. Es ist herausgekommen, dass von der Industrie mit Copy-Paste abgeschrieben wurde.

All diese Kontrolle durch Medien und durch Bürger:innen würde wegfallen, wenn das Informationsfreiheitsgesetz, wie von CDU/CSU beabsichtigt, einfach gestrichen werden würde. Es wäre ein massiver Rückschritt für unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte es da mit meinem Kollegen Johannes Becher: Wir GRÜNE sind beim Bürokratieabbau dabei, aber wir werden verhindern, was Sie beim Demokratieabbau vorhaben.

Unser großer Protest – über 400.000 Bürgerinnen, unzählige Medienorganisationen – hat ja schon Wirkung gezeigt, denn im Koalitionsvertrag ist die Forderung zumindest so nicht mehr zu finden. Da heißt es jetzt sehr schwammig, man wolle das Informa-

tionsfreiheitsgesetz reformieren. – Es ist unklar, was dabei herauskommt, aber ich versichere Ihnen: Wir werden keine Schwächung zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie wollt ihr das verhindern?)

Nicht schwammig ist es bei uns in Bayern. Da gibt es nämlich überhaupt kein Informationsfreiheitsgesetz. Letzter Platz im Transparenz-Ranking, 14 andere Bundesländer sind weiter! Deswegen legen wir Ihnen heute ein Transparenzgesetz vor. Es ist ein Demokratie-, ein Digitalisierungs- und ein Bürokratieabbaugesetz in einem.

(Lachen bei der CSU)

Es hat eine ganz einfache Herangehensweise. Statt viele individuelle Anfragen von Medien und Bürgerinnen zu beantworten, soll der Staat mit seinen Informationen eine Sache machen: veröffentlichen, veröffentlichen und noch mal veröffentlichen! – Damit schaffen wir einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger und für die Verwaltung selbst. Aufgehen soll das alles in einem Transparenzportal. Nach dem Vorbild von Ländern wie Schweden und Skandinavien insgesamt soll bei jeder staatlichen Information deren Verwendung und Veröffentlichung digital mitgedacht werden. Das wäre ein echter Bürokratieabbau-Booster.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hamburg zeigt, dass das geht: ein Transparenzportal, 170.000 Datensätze, zentral, einfach durchsuchbar, für jeden verfügbar, 2024 24 Millionen Aufrufe. – 24 Millionen Anfragen, die die Verwaltung im Zweifel nicht beantworten musste. 24 Millionen Presseanfragen, die vielleicht nicht in Ministerien gelandet sind. Diese Arbeit sparen sich am Ende auch Verwaltung und Staat, und gleichzeitig steht die Information den Bürger:innen unmittelbar zur Verfügung.

Stellen Sie sich einmal vor, wer das am meisten nutzen würde? – Das ist die Verwaltung selber, sind die Behörden selber; denn plötzlich muss man nicht mühevoll für jede

Information aus der Nachbarbehörde die Behördenleiter über den Dienstweg hoch- und runterklettern, sondern man findet alles an einer zentralen digitalen Stelle.

Es wäre ein Mehrwert für die Pressefreiheit, weil Medien direkten Zugang zu primärer Information hätten. Dass das auch in Bayern nicht zum Untergang führt, beweisen unsere Städte und Gemeinden; denn weil die Regierung untätig geblieben ist, haben bereits über 80 Städte und Gemeinden selber Informationsfreiheitsatzungen erlassen. Fast alle Städte über 100.000 Einwohner sind dabei und stellen ihren Bürgerinnen und Bürgern und den Pressevertreter:innen Informationen bereitwillig zur Verfügung.

Sie werden jetzt gleich viele fadenscheinige Gegenargumente dazu nennen, etwa den Aufwand. Dabei regelt unser Gesetz das ganz genau: erst einmal veröffentlichen, was geht; das macht am Ende weniger Aufwand. Wenn eine sehr aufwändige Anfrage kommt, dann kann man dafür Ersatz der Kosten verlangen. Das baut dem Missbrauch wirkungsvoll vor.

Die Geheimhaltung. – Sensible Bereiche wie Strafverfolgung, Steuerfestsetzung sind ausgenommen, genauso übrigens auch unmittelbare Forschung. Natürlich werden auch Verschlusssachen, wie der Name so schön sagt, weiter unter Verschluss gehalten. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse werden berücksichtigt, genauso Verträge, die vor Inkrafttreten des Gesetzes geschlossen worden sind.

Dann werden Sie sagen, wir haben doch den Artikel 39 Bayerisches Datenschutzgesetz. Da steht doch drin, dass man um Auskunft ersuchen kann. – Das stimmt. Da steht drin, dass man um Auskunft ersuchen kann. Wissen Sie, was die Pandemie gezeigt hat? – Dass das bayerische Gesundheitsministerium in den allermeisten Fällen den Bürgerinnen und Bürgern die Auskunft verweigert hat. Artikel 39 des Bayerischen Datenschutzgesetzes ist ein zahnloser Tiger. Wir brauchen ein echtes Transparenzgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wahrheit hinter den ganzen fadenscheinigen Argumenten ist doch eine andere: Wer Angst vor Transparenz hat, der hat Angst vor den eigenen Bürgerinnen und Bürgern. Warum? Was soll denn nicht bekannt werden? Welche Information will man zurückhalten?

Wissen ist in unserer Informationsgesellschaft Macht, und Macht braucht in einer Demokratie Kontrolle. Den Zugang zu Information und damit zu Wissen zu beschränken, ist ein Zeichen von Schwäche – von Schwäche dieser Regierung und von Schwäche und Angst dieser Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN.

Eine von ihrer Arbeit überzeugte Regierung hätte längst ein Transparenzgesetz auf den Weg gebracht. Wenn es um Transparenz und Veröffentlichung geht, dann sehe ich eher, dass diese Regierung dann besonders von sich überzeugt ist, wenn der Ministerpräsident auf Instagram in die nächste Bratwurstsemmel beißt. Aber keine Sorge: Auch mit unserem Gesetz wird nicht jeder Bissen im Netz zur Veröffentlichungspflicht gebracht werden.

Kolleginnen und Kollegen, wir bieten Ihnen heute an, ein Transparenzgesetz zu verabschieden, das einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger, einen Mehrwert für die Demokratie sowie einen Mehrwert für die freie Presse bringt und gleichzeitig den Weg zu Digitalisierung und Bürokratieabbau ebnet, wie er dringend bei uns nötig ist. Das ist unser Ansatz: Demokratieaufbau und Bürokratieabbau in einem.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Mit einem Transparenzgesetz Bürokratie abbauen? Das ist total lächerlich!)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Siekmann, auch eine Bratwurst kann für Transparenz sorgen. Der Unterschied ist: Das eine ist freiwillig; ihr wollt es mit Zwang. – Aber der Grund meiner Zwischenbemerkung ist folgender: Sie singen das

hohe Lied der Transparenz. Warum haben Sie sich dann im Februar dieses Jahres so empört, als die Bundestagsfraktion von CDU und CSU in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wissen wollte, wie das mit den NGOs und deren Förderung ist?

(Zurufe: Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Frenetischer Beifall bei der AfD!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege, vorneweg: Wie viele Schriftliche Anfragen könnten wir uns mit diesem Transparenzgesetz nach Ihrer Meinung in Zukunft sparen?

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Aber abgesehen davon: Empört hat uns nicht, dass eine Fraktion Informationen von der Bundesregierung einfordert. Empört hat uns, wie leichtfertig man dabei rechte und rechtsextreme Erzählungen über Vereine übernimmt, in denen sich Bürgerinnen zusammengeschlossen haben, um einen Mehrwert für unsere Gesellschaft zu erbringen. NGOs, was ist denn das? – Das sind Vereine, in denen sich Bürgerinnen zusammenschließen, um für unsere Gesellschaft etwas zu tun. Wie leichtfertig man die mit dem rechtsextremen Sprech diskreditieren wollte, das hat uns empört. Mit den Zahlen haben wir gar kein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Petra Guttenberger für die Fraktion der CSU.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! – Kann es sein, dass die Uhr hier nicht geht? – Immer wieder verwundert mich aufs Neue, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in turnusmäßigen Wellen Gesetze einbringen, die diesmal

Transparenzgesetz heißen; früher hießen sie Informationsfreiheitsgesetz. Wenn Sie uns ein Gesetz vorlegen, sagen Sie uns immer nicht so ganz genau, was darin steht, sondern Sie versteifen sich auf hehre Allgemeinplätze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Besonders irritiert war ich zu Beginn. Ich dachte: Huch, reden wir jetzt über irgendwelche Bundesgesetze? Wir sind doch der Bayerische Landtag. – Aber gut, das hat sich ja dann geklärt.

(Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE) – Johannes Becher (GRÜNE): Die letzten drei Jahre haben Sie nur über den Bund geredet!)

So, Sie wollen also ein Bayerisches Transparenzgesetz. Ich sage Ihnen – das wird Sie nicht überraschen –: Wir werden dieses Gesetzentwurfswerk ablehnen, und zwar aus mehreren Gründen. Ich möchte jetzt etwas tun, was Sie immer nicht tun: Ich gehe auf ein paar Punkte Ihres Gesetzes ein und sage Ihnen, warum das für uns nicht gangbar ist.

Uns ist Transparenz sehr wichtig,

(Zurufe von den GRÜNEN: Ja, genau!)

und deshalb haben wir auch ein Bayerisches Datenschutzgesetz, wodurch klar ist, was ich alles verlangen darf, aber auch, wo die Grenzen sind, damit Geschäftsgeheimnisse, persönliche Rechte und damit auch die Sicherheit unseres Landes nicht beeinträchtigt werden. Sie wollen jetzt Veröffentlichungs- und Transparenzpflichten, die höherrangiges Recht verletzen und unseren datenschutzrechtlichen Standard schwächen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Quatsch!)

Wie viele Personalressourcen Sie damit binden, ist eigentlich auch egal.

Zunächst stehen dem Gesetzesentwurf Regelungen des Unions- und des Bundesrechts entgegen. Sie setzen sich nicht mit den Vorgaben des Artikels 9 der Datenschutz-Grundverordnung auseinander. Der teilt die Verarbeitung von Daten in besondere Kategorien ein und verbietet es zum Beispiel, Gesundheitsdaten und Ähnliches zu veröffentlichen. In Ihrem Artikel 6 würde jedoch der Zugang zu jeder Art personenbezogener Daten stets dann gewährt, wenn ein schutzwürdiges Interesse an der Information besteht und überwiegende schutzwürdige Belange nicht entgegenstehen.

Allein daran merkt man schon, was das für ein Aufwand wäre, bei allem, was dann mal veröffentlicht ist. Derjenige, der sich auf seine schutzwürdigen Interessen beruft, schaut dann als zweiter Sieger auf die gesamte Rechtslage. Das wollen wir nicht.

Ferner ist der Vorrang der Schutzanforderung des Sozialgeheimnisses nicht gewährleistet, denn Sie wollen in Ihrem Gesetz die Pflicht zur Offenlegung von Gutachten, unisono. Dass zum Beispiel in sozialrechtlichen Verfahren häufig Begutachtungen erforderlich sind und diese dann offenzulegen wären, interessiert Sie nicht.

Darüber hinaus können landesrechtliche Vorschriften keine zivilrechtlichen Regelungen des Bundes abbedingen oder ändern, wie etwa, eine Verschwiegenheitspflicht über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren. In Ihrem Gesetzesentwurf ist das alles egal.

Der Informationszugang kann nach Ihrem Gesetzesentwurf nur dann abgelehnt werden, wenn andernfalls eine nicht unerhebliche Gefährdung der inneren Sicherheit eintritt. Dass das wesentlich schlechter ist als die Situation nach dem Bayerischen Datenschutzgesetz und nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes interessiert Sie dabei auch nicht. Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind nach diesen Werken zu sichern; und zwar sind Auskünfte dann zu erteilen, wenn diese Belange nicht beeinträchtigt, nicht gefährdet werden.

Zudem gibt es bei Ihnen keine Bereichsausnahmen für die Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz. Auch das wollen wir nicht.

Auch laufende Verfahren werden durch Ihren Gesetzesentwurf nicht mehr hinreichend geschützt. Sie erlauben sozusagen eine Ablehnung von Veröffentlichung nur bei einer tatsächlichen Beeinträchtigung der genannten Verfahren; und immer dann, wenn hier zum Beispiel der Anspruch auf ein faires Verfahren geschützt werden soll, gibt es bei Ihnen überhaupt keine Ausnahme.

Auch private Belange werden unzureichend geschützt. Hier ist erst mal alles zu veröffentlichen. Nach Bayerischem Datenschutzgesetz sind private Belange nur dann zu veröffentlichen, wenn die betroffene Person kein schutzwürdiges Interesse an einem Ausschluss der Datenermittlung hat.

Der Gesetzesentwurf setzt sich auch damit nicht auseinander, wie ganz praktische Sachen wie die Unkenntlichmachung von persönlichen Daten, wie eine sichere Anonymisierung stattfinden könnten. Auch die Regelungen zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sind unzureichend. Das Wichtigste dabei ist: Sie gefährden die wirtschaftlichen Interessen der Betriebe in unserem Land und damit letztendlich Arbeitsplätze und den Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte gar nicht darauf eingehen, was all Ihre Formulierungen – ich habe Ihnen zu Beginn schon eine aus Ihrem Gesetz vorgetragen – an Ressourcen binden würden, was das den Steuerzahler und die Steuerzahlerin kosten würde und was das für ein Aufwand wäre und wie viel Personal das binden würde, das an anderer Stelle sehr wohl und sehr stark gebraucht wird.

Aus all diesen Gründen werden wir diesem Gesetzesentwurf, mit dem es nicht um Transparenz geht, nicht zustimmen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir mit dem Bayerischen Datenschutzgesetz und dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes eine gute Grundlage haben, um einerseits in dem Spannungsfeld Informationen zu erhalten, andererseits aber auch persönliche Belange und Betriebsgeheimnisse zu schützen, und die optimale Abwägung getroffen haben. Deshalb sehen wir für Ihr Werk keinerlei Veranlassung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! So, so, die GRÜNEN möchten also über Transparenz sprechen. – Das finde ich gut. Leider hat mir der Herr Pohl meinen nächsten Satz schon geklaut; denn nicht nur ich, sondern auch ganz Deutschland hätte da ungefähr 551 offene Fragen, Fragen zur Förderung von Nichtregierungsorganisationen, die von der rot-grünen Regierung dezent gefördert wurden. – Egal, das Bayerische Transparenzgesetz ist nicht mehr als ein weiteres trojanisches Pferd des links-rot-grünen Parteienkartells. Transparenz ja – aber für wen eigentlich?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Vermutlich nur für Ihre klagewütigen NGOs; für den gemeinen Bürger, welchem das wohl ziemlich egal ist und der froh ist, nach einem langen Arbeitstag abends im Internet oder im Fernsehen etwas Unterhaltung zu bekommen, wohl eher nicht. Unterhaltung wie zum Beispiel, wenn er etwas über die grüne Gelbhaar-Affäre liest oder sieht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Die Bürger wollen nicht nur Unterhaltung, sondern auch Informationen!)

Wie sieht es denn da bei den GRÜNEN mit Transparenz aus? – Eher nicht so toll, oder? Wer hat jetzt wen genau wie warum angezeigt? Wer war in welche Intrige wie verstrickt? Wer ist der Nutznießer von dem Ganzen? Ich glaube, das würde den Bürger wirklich interessieren. Es ist eine Politik-Soap, wie "House of Cards", nur halt bei "Temu" bestellt.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sollen die Bürger jetzt informiert werden oder nicht?)

Ihr Gesetz ist ganz eindeutig für das grün-rote Vorfeld gemacht. Sie möchten, dass immer mehr freigelegt wird. Was aus Ihrer Sicht aber wohl eher nicht freigelegt werden kann, ist das, was damals im grünen Wunderwirtschaftsministerium mit dem Graichen-Clan gelaufen ist. Aber vielleicht können Sie jetzt mal offenlegen, wie man seinen eigenen Trauzeugen bei einem Vorstellungsgespräch nicht erkennen kann. Wie sieht es da mit grüner Transparenz aus? Nur Mut!

(Zuruf von den GRÜNEN)

Mit diesem überflüssigen Gesetz schaffen Sie neue Stellen, die wiederum nichts Produktives leisten, ähnlich wie beim Gleichstellungsgesetz. Aber dazu kommen wir ein andermal.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie verursachen zudem unnötige Kosten bei eh schon klammen Kassen. Das sollten Sie dem Bürger draußen vielleicht mal verkaufen. Das könnte zum Beispiel der Kollege Schuberl übernehmen. Der verkauft den Leuten draußen mit gekürzten Videos, was AfD-Abgeordnete sagen,

(Johannes Becher (GRÜNE): Das taugt euch nicht, gell?)

oder er kürzt unsere Zwischenbemerkungen. Vielleicht möchte Herr Schuberl damit mal transparent umgehen, wie er sein eigenes Publikum an der Nase herumführt.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Sagen Sie halt, was falsch ist!)

Sie bringen hier einen Gesetzentwurf ein, welcher eigentlich überflüssig ist. Zum einen haben wir hier Artikel 39 des Bayerischen Datenschutzgesetzes und das allgemeine Auskunftsrecht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das besagt: Jeder hat bereits jetzt das Recht auf Auskunft über den Inhalt von Dateien und Akten öffentlicher Stellen, soweit ein berechtigtes, nicht auf eine entgeltliche Weiterverwendung gerichtetes Interesse glaubhaft dargelegt wird. In fast jeder Kommune ist es bereits jetzt schon so: Alles ist öffentlich. Ich sage es mal ganz transparent: Dem Bürger ist damit nicht geholfen. Ihm wäre geholfen, wenn wir die Bürokratie abbauen und Steuern senken würden. Und: Es ist doch so, dass hier in Bayern und in Deutschland wirklich alles schon öffentlich ist. Sogar die geheimsten Geheimgutachten des geheimen Inlandsgeheimdienstes sind innerhalb weniger Tage von jedermann zu lesen. Das Gelesene zu verstehen ist eine andere Sache, was Ihr Dringlichkeitsantrag zum AfD-Verbot beweist.

Zurück zu den transparenten GRÜNEN, die nicht immer so offen mit ihren eigenen dubiosen Geschichten umgehen. Was ist denn zum Beispiel mit der Behauptung der hessischen GRÜNEN, die Auslandsreisen ihres Vorsitzenden Ewald seien privat gewesen? Was ist damit, dass die GRÜNEN den Rat für diese Behauptung von der für die Parteienspenden verantwortlichen Bundestagsverwaltung erhalten haben? Vielleicht könnten Sie auch in dieser Sache als leuchtendes Beispiel vorangehen und das einmal aufklären.

Ja, liebe GRÜNE, Sie haben es erkannt: Im Bereich der Transparenz gibt es doch einiges zu tun. Nehmen Sie die Vorreiterrolle ein! Räumen Sie in Ihrem Laden auf und kehren Sie vor der eigenen Haustür!

(Florian Siekmann (GRÜNE): Da redet der Richtige!)

Wir lehnen dieses völlig überflüssige Gesetz ab. Bürokratie haben wir wahrlich schon genug.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Martin Scharf.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Gesetzentwurf wird argumentiert mit der Stärkung von Demokratie, Teilhabe und Kontrolle. – Wir FREIE WÄHLER erkennen selbstverständlich an, dass Transparenz im staatlichen Handeln wichtig ist. Es gibt keine Demokratie ohne Vertrauen. Vertrauen entsteht durch nachvollziehbare Entscheidungen und ein hohes Maß an Offenheit.

Aber genauso wichtig wie Transparenz ist Verhältnismäßigkeit. Genau daran fehlt es bei diesem Gesetzesentwurf. Was hier als bürgerfreundliche Informationsfreiheit verkauft wird, droht in der Umsetzung zu einer unverhältnismäßigen Belastung für die öffentliche Verwaltung zu werden, insbesondere in den Kommunen. Beim Durchlesen ist mir als erstes Wort "Bürokratiemonster" eingefallen.

Wir in Bayern haben längst bewährte Instrumente für Auskunftsrechte: Datenschutzgesetz, Umweltinformationsgesetz, Verbraucherinformationsgesetz, und so weiter. Wir setzen dort an, wo es nötig und praktikabel ist, aber nicht mit der Gießkanne, wie dieser Entwurf es vorsieht, sondern gezielt.

Ein zentrales Problem des Entwurfs ist meines Erachtens auch seine fehlende Differenzierung. Er würde gerade für kleinere Kommunen erhebliche bürokratische Folgekosten bedeuten, wenn künftig jede E-Mail, jedes Gutachten, jeder Zwischenvermerk dokumentiert, veröffentlicht oder begründet werden müsste. Da stellt sich schon die Frage, wie das mit unserem erklärten gemeinsamen Ziel des Bürokratieabbaus zusammenpasst. Es stellt sich auch die Frage, was da am Ende zur Vertrauensbildung wirklich herauskommt.

Auch der Datenschutz spielt in diesem Entwurf nur eine nachgeordnete Rolle. Der Hinweis, dass Persönlichkeitsrechte selbstverständlich gewahrt würden, ersetzt keine tragfähige gesetzliche Regelung. Informationen freizugeben, ist das eine. Verantwor-

tung dafür zu tragen, was mit diesen Informationen passiert, ist das andere. Gerade wenn personenbezogene oder sicherheitsrelevante Daten betroffen sind, brauchen wir ein sehr präzises Regelwerk, nicht bloße Allgemeinplätze. Meine Kollegin Frau Guttenberger hat es schon ausgeführt.

Ein weiterer Punkt: Der Gesetzentwurf geht davon aus, dass mangelndes Vertrauen in den Staat in erster Linie durch einen Informationsmangel verursacht sei. Vertrauen entsteht meines Erachtens aber nicht durch Offenlegung, sondern durch Verlässlichkeit, Augenmaß und bürgernahe Politik. Genau da setzen wir an. Wir stärken unsere Kommunen und investieren in Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Gesundheit. Wir machen das mit klaren und nachvollziehbaren Verfahren – auch ohne Transparenzgesetz, das am Ende eher als Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung zu verstehen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf der GRÜNEN geht in vielen Punkten an der Lebenswirklichkeit in unserem Land vorbei. Er verkennt die bestehenden Regelungen, unterschätzt den Verwaltungsaufwand und schafft neue Rechtsunsicherheiten, wo eigentlich Effizienz und Entlastung gebraucht werden. Darum lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Scharf, zwei Dinge möchte ich ansprechen. – Erstens. Ob etwas transparent ist oder transparenter wird, hat nichts mit Misstrauen zu tun. Alle Kommunen, die eine Informationsfreiheitssatzung beschlossen haben und sie umsetzen, tun dies nicht – bzw. das hat auch der Gemeinderat nicht beschlossen –, weil sie gesagt haben, die Verwaltung mache irgendwelche geheimen Dinge. Das glaube ich nicht. Transparenz ist eher ein Teil davon, das Vertrauen in die Verwaltung nachhaltig zu stärken. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Zweitens eine konkrete Frage. Wir waren vom Landtag aus auf einer Reise in Schweden. Kollege Saller von Ihrer Fraktion war mit auf dieser Reise. Wir haben uns das vor Ort angeschaut. Schweden hat deutlich weniger Bürokratiekosten. Dabei haben sie massive Transparenz.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dort gilt anderer Datenschutz!)

Sie sagen: Hätten wir mehr Transparenz, dann wäre das ein Bürokratiemonster. Das ist Ihr Begriff. Wie passt das damit zusammen, dass die Schweden es schaffen, mit Digitalisierung und Transparenz viel günstiger und effizienter zu sein im Vergleich zu dem, was Sie gerade ausgeführt haben? Müssen wir dann nicht von den Schweden lernen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Zu Schweden kann ich nichts sagen; denn ich war nicht auf dieser Reise dabei. Wenn ich da jetzt antworten würde, würde ich Schmarrn erzählen. Das mache ich aber nicht. Entschuldigung, so ist das.

In Ihrer Begründung des Gesetzentwurfes kommt ein gewisses Misstrauen zum Ausdruck, Herr Kollege. Ich möchte klarstellen: Dieses Misstrauen ist nicht berechtigt. Wenn ich mich in meiner Gemeinde oder in meinem Landkreis umschaue, dann stelle ich fest, die Bürger bekommen dies alles auch ohne ein Transparenzgesetz.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie bekommen das aber immer nur auf Anfrage! –

Tanja Schorer-Dremel (CSU): In Schweden haben sie ganz andere Datenschutzbestimmungen!)

Herr Kollege, das genügt doch als Begründung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): In Schweden haben sie dieselbe Datenschutz-Grundverordnung wie wir! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Informationsfreiheit ist eigentlich eine Angelegenheit des modernen Staatsverständnisses. Bürgerinnen und Bürger sind keine Bittsteller in einem gefälligen Über-/Unterordnungsverhältnis, sondern es sollte aus unserer Sicht ein Automatismus sein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gibt mehrere Gründe dafür. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen Steuern. Die Steuern werden verwendet, um Verwaltungshandeln zu organisieren. Insoweit wundert es mich schon, wenn Sie aus dem Gesetzentwurf Misstrauen herauslesen. Ich lese aus Ihrem Verhalten Misstrauen gegenüber dem Bürger heraus, dass er an ganz banalen Dingen nicht interessiert sein kann, was mit seinen Steuergeldern geschieht. Das ist genau der Punkt: Anlassloser Zugang zu Informationen ist entscheidend für die Transparenz, die so häufig gepriesen wird. Das ist auch nichts Neues.

In knapp 80 Kommunen – das ist schon genannt worden – gibt es sogenannte Informationsfreiheitssatzungen. Liebe GRÜNE, auch dieser Gesetzentwurf ist nicht neu. Wenn ich mich recht entsinne, haben wir ihn in sequenzierten Nuancen bereits vor zehn oder zwölf Jahren hier im Landtag besprochen. Erstaunlich ist auch: Wir hatten damals andere Verbündete; denn genau Sie, Herr Scharf, waren damals noch nicht in der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ihre Fraktion unter dem – damals noch nicht – heutigen Staatsminister Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident, hat sich leidenschaftlich für diese Informationsfreiheit eingesetzt. Sie haben dahin gehend sogar eigene Gesetzentwürfe eingebracht. Die Opposition war sich damals immer einig, dass es eine Wertschätzung der Funktion der Rolle des Bürgers gegenüber der Verwaltung sei und nicht umgekehrt. Wie sich die Zeiten ändern, sehen Sie. Der Gesetzentwurf ist nahezu gleich geblieben; Ihre Ansicht hat sich aber dynamisiert: von einem großzügigen Vertrauen in den Bürger hin zu einer Misstrauenskultur.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch damals haben schutzwürdige Interessen im Mittelpunkt der Diskussion gestanden – ob das Betriebsgeheimnisse, Geschäftsgeheimnisse oder höchstpersönliche Rechte, Strafverfolgungen oder behördliche Interna waren. All diese Gegenstände sind und waren immer in diesem Zusammenhang zu diskutieren. Kein Mensch hat ein Interesse daran, dieses Informationsfreiheitsgesetz als Ausforschungs- oder Ermittlungsinstrument zur Ausspähung irgendwelcher Betriebsgeheimnisse zu nutzen; vielmehr möchte man sich auf der Höhe der Zeit halten. Es geht zum Beispiel darum, welche Gutachten für welche Bauprojekte Gegenstand einer Verhandlung im Stadtrat sind.

Das bedeutet auch ein bisschen weniger an Bürokratie; denn bislang müssen Sie jedes Auskunftsinteresse im Einzelnen würdigen, und zwar auch dort, wo es nicht nötig ist, dass ein berechtigtes Interesse vorhanden ist. Mein lieber Mann, diese Ermessensausübung jedem einzelnen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes zuzumuten ist, von vorgestern. Wir hätten da andere Möglichkeiten. Sie reden doch in der Enquete-Kommission zum Bürokratieabbau selber vom Einsatz Künstlicher Intelligenz, sodass Sie sich in dieser Hinsicht einmal einrichten müssten und nicht auf uralte Positionen zurückziehen können.

Der ermessensfehlerfreie Anspruch aus Artikel 39 des Datenschutzgesetzes, der insofern immer kolportiert wird, ist eine dehnbare Generalklausel, die außer zu Klagen zum Verwaltungsgericht konkret zu nichts führt. Tatsächlich ist es so: Wir lieben die Runden Tische zum Informationsaustausch. Die Information sollte aber nicht dazu dienen, am Runden Tisch präsentiert zu werden, sondern an den Runden Tischen mit den Bürgerinnen und Bürgern sollte über Sachlösungen diskutiert werden. Deswegen ist es wichtig und gut, Informationen, die die Behörden haben, proaktiv zu präsentieren. Dafür muss man sich nicht schämen. In diesem Zusammenhang hat man die Möglichkeit, konkret und absolut kompetent zu diskutieren.

Wir werden uns im Ausschuss dieser Sache wie schon in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren positiv widmen und sicherlich einen eigenen Gesetzentwurf einbringen, in dem es um das proaktive Bereitstellen von Informationen geht. Aber dies ist ein anderes Thema.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Datenschutzbedenken erstaunt zur Kenntnis. Mal davon abgesehen hat der Kollege Becher bereits gesagt: Schweden hat dieselbe Datenschutz-Grundverordnung wie Hamburg. Die Hansestadt hat mit ihrem Transparenzgesetz und dem Transparenzportal dieselbe Datenschutz-Grundverordnung. Es geht also. Es fehlt in Bayern offensichtlich der politische Wille. Dieser fehlt aber nicht generell. Es ist nicht neu, dass der CSU-Innenminister Herrmann – er ist heute da – KI-Gesichtserkennung in Echtzeit im öffentlichen Raum fordert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er ist immer da!)

Dagegen werden bei der Frage, ob für Bürgerinnen und Bürger Informationen transparent bereitgestellt werden sollten, Datenschutzbedenken geltend gemacht.

Zu der Frage, ob jedes Bürgeranliegen einzeln beantwortet werden muss, kam eben der Zuruf: Das reicht doch! – Das ist doch ein Digitalisierungsverständnis aus der Steinzeit. Digitalisierung ist es nicht, aus der Handakte eine Seite einzuscannen und an den Bürger zurückzumailen, um seine Frage zu beantworten. Digitalisierung ist es, Informationen gut sortiert, aggregiert, durchsuchbar und im Internet verfügbar zur Verfügung zu stellen, und zwar über ein Portal, auf das alle barrierefrei zugreifen können. Damit ergäbe sich insgesamt auch für die Verwaltung ein Mehrwert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, gestatten Sie eine Intervention der Kollegin Tanja Schorer-Dremel?

Florian Siekmann (GRÜNE): Ja, ich gestatte.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Kollege, wenn die Schweden dieselbe Datenschutz-Grundverordnung wie wir haben, meinen Sie auch, dass auch wir Immobilienverkäufe wie in Schweden im Internet für jedermann einsehbar machen sollten?

Florian Siekmann (GRÜNE): Die Datenschutz-Grundverordnung erlaubt eine Menge. Es ist Sache des Gesetzgebers, zu definieren, inwieweit man davon Gebrauch macht. Die skandinavischen Länder haben ein anderes Verhältnis zum Datenschutz. Man kann dort die Steuererklärung des Nachbarn nachlesen. Dem steht in gewissem Maße – – Die DSGVO lässt so etwas in dem Rahmen zu, wie es in Schweden verfassungsrechtlich geregelt ist. Ob wir das in gleicher Weise in Bayern wollen, müssen wir hier im Bayerischen Landtag entscheiden. Ich nehme lediglich zur Kenntnis: Sie wollen nicht, dass die Bayerische Staatsverwaltung ihre Informationen und Gutachten, die sie in Auftrag gibt, den Bürgerinnen und Bürgern transparent von vornherein proaktiv zur Verfügung stellt. Dieses Ziel verfolgt unser Gesetzentwurf. Es geht nicht darum, irgendwelche Grundstückskäufe oder Steuererklärungen offenzulegen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Unterstellung!)

Hätten Sie den Gesetzentwurf gelesen, wüssten Sie, dass die Steuerfestsetzung angenommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend erteile ich dem Staatsminister des Innern, Herrn Kollegen Joachim Herrmann, das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN für ein Bayerisches Transparenzgesetz kommt vielleicht manchen von Ihnen recht bekannt vor. Schon in den Jahren 2013 und 2015 wurde dieser Gesetzentwurf dem Landtag nahezu inhaltsgleich vorgelegt und vom Landtag jeweils abgelehnt. Ich empfehle dringend, es auch diesmal so zu halten.

Die Bayerische Staatsregierung jedenfalls lehnt ein solches Transparenzgesetz, wie es die GRÜNEN vorlegen, weiterhin ausdrücklich ab. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir das allgemeine Informationszugangsrecht für Bürgerinnen und Bürger infrage stellen würden. Ganz im Gegenteil, dieser Anspruch ist völlig unstrittig. Der Freistaat Bayern hat bereits seit 2015 ein umfassendes Informationszugangsrecht unbeteiligter Dritter gegenüber öffentlichen Stellen geschaffen, den heutigen Artikel 39 des Bayerischen Datenschutzgesetzes. Diese Regelung hat sich seither bewährt. Sie schafft einen ausgewogenen Ausgleich zwischen dem individuellen Informationsinteresse auf der einen Seite und den entgegenstehenden privaten und öffentlichen Belangen auf der anderen Seite.

Ergänzt wird dieser Anspruch durch eine Fülle von spezialgesetzlichen Informationszugangsrechten auf Bundes- und Landesebene sowie durch Regelungen zur Veröffentlichung bekannt gemachter Informationen im Internet. Der Gesetzentwurf der Fraktion der GRÜNEN schwächt aber unser Datenschutzniveau, weil sowohl öffentliche als auch private Belange nicht ausreichend geschützt werden. Vorhin war von Schweden die Rede. Herr Kollege Siekmann, Sie haben ganz nebenbei zu Recht darauf hingewiesen, dass es eine ganze Reihe von Datenschutzfragen gibt, zu denen in Skandinavien seit vielen Jahren ein völlig anderes Grundverständnis besteht. Leider haben wir heute dazu von Ihnen wieder einmal nichts gehört.

Sie geben sich bei vielen Gelegenheiten als die obersten Gralshüter des Datenschutzes in unserem Land aus. Bei diesem Gesetz sind Sie jedoch ins totale Gegenteil geschwenkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vorher wollten Sie öffentlichen Behörden den Zugriff auf Daten verwehren, die privat zu halten sind. Diese Daten sollen mit diesem Gesetzentwurf plötzlich der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Das ist in sich überhaupt nicht schlüssig. Die in Ihrem Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen verstoßen zum Teil gegen höherrangiges Recht. Die Umsetzung Ihres Gesetzentwurfs würde die Rechtslage verkomplizieren und einen erheblichen Mehraufwand für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit letztlich auch mehr Ausgaben für den Steuerzahler bedeuten.

Insbesondere sehe ich die Schwächung des datenschutzrechtlichen Schutzstandards in Bezug auf die Übermittlung personenbezogener sowie sensibler Daten unserer Bürgerinnen und Bürger an unbeteiligte Dritte kritisch. Gerade diese Daten sind besonders schützenswert. Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ist außerdem in Ihrem Gesetzentwurf erheblich schwächer ausgestaltet als beispielsweise im Informationsfreiheitsgesetz des Bundes und im Bayerischen Datenschutzgesetz.

Meine Damen und Herren, wie dargestellt hat sich das allgemeine Auskunftsrecht im Artikel 39 des Bayerischen Datenschutzgesetzes bewährt. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN würde dazu keinen Mehrwert bieten. Im Gegenteil, er würde zu Schutzlücken und zu erheblicher zusätzlicher Bürokratie führen. Ich bitte deshalb darum, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.